

## Ein besetztes Land?

VON JOSEF JOFFE

„Wer schützt uns vor unseren Beschützern?“ fragt ein linksliberales deutsches Blatt mit Blick auf die Remscheid-Katastrophe, und auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums gibt eine respektable konservative Zeitung die Antwort, die scheinbar alles erklärt: Wir sind „ein besetztes Land“. Derlei überraschende Gesinnungsgemeinschaft ist nicht frei von Ironie; sie zeugt aber jenseits aller Emotionalität von einem Problem – die fatale Verknüpfung der Bündnisfrage mit der Souveränität –, das diese Republik noch lange beschäftigen wird. Sind wir wirklich ein „besetztes Land“?

Vierzig Jahre lang ist dieses Land sehr gut mit seiner Einbettung in den diversen westlichen Gemeinschaften – von der EG bis zur NATO – gefahren, besser jedenfalls als irgend jemand es sich 1945 hätte erträumen können. Was Adenauer geschafft hat, ist zuvor allenfalls einem Talleyrand gelungen, der das geschlagene, verhaßte Frankreich 1815 wieder in die Gemeinschaft der Staaten zurückführen konnte. 1945 – da war Westdeutschland tatsächlich nur ein besetztes Land, und eines, dem ein schlimmeres Schicksal noch als das von Versailles drohte. Adenauers großer Wurf war ebenso simpel wie zukunftsweisend: Es galt, auferlegte Fesseln durch freiwillige, und einseitige durch gegenseitige Kontrollen zu ersetzen; nicht Octroi, sondern Gemeinschaft sollte es sein. Adenauers Fazit: „Bei vernünftiger Abwägung mußte jeder Deutsche erkennen, daß die erzielten Erfolge die Opfer rechtfertigten.“

Der Gewinn war eben jene Souveränität, die unabhängige Staatsgewalt, die heute so mancher nichtexistent wähnt. Wer aber nicht souverän ist, kann kaum Abkommen – vom „Deutschland-“ bis zum NATO-Vertrag – unterschreiben, wie es Bonn in den fünfziger Jahren freiwillig getan hat. Wer nicht souverän ist, kann auch nicht in Beschränkungen seiner *Autonomie* einwilligen – die tagtägliche Routine aller Außenpolitik. Die Bundesrepublik hat wie jeder Staat hundert-, ja tausendfach auf ein Stück Handlungsfreiheit verzichtet – unter der klassischen Maßgabe aller souveränen Politik: Ich binde mich, damit (und solange) du dich bindest.

Dafür gibt es eine ganz klare Ermächtigung im Grundgesetz, das – selbst gegeben – den Grundstock westdeutscher Souveränität darstellt und erlaubt, „Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen (wie ein Bündnis) zu übertragen“. Diverse NATO-Truppen sind nicht als „Besatzer“ hier; das Aufenthaltsrecht der drei West-

mächte beruht auf dem „Deutschland-Vertrag“, in dem sich diese verpflichtet haben, ihre Rechte „nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben“. Die Erhöhung ihrer Effektivstärke erfordert Bonner Placet. Das Prinzip des „Einvernehmens“ (alias „Souveränität“) erstreckt sich auch auf all jene Knirschpunkte, die derzeit die Gemüter erhitzen. Flugschauen? Sie bedürfen der Genehmigung durch die Bundeswehr. Tiefflug? Alliierte Piloten dürfen hier üben, doch es gelten deutsche Vorschriften über die Nutzung des Luftraums. Überdies beruht dieses Recht auf kodifizierter Gegenseitigkeit: Deutsche Flieger üben in den USA, in Kanada, Portugal und England.

Nein, hier geht es nicht wirklich um die Hoheitsfrage, denn dann wäre die EG die beste Zielscheibe: Deren Mitglieder haben tatsächlich ein Stück *Souveränität* abgegeben, weil der souveräne Willen eines Staates rein rechtlich durch eine qualifizierte Mehrheit von anderen außer Kraft gesetzt werden könnte. Es geht in Wahrheit um Politik im Mäntelchen der Jurisprudenz, in letzter Konsequenz um die Revision jener Verpflichtungen, welche Bonn anno 1954 in dem großen Deal mit dem Westen auf sich genommen hat.

Und da sind Ressentiments der schlechtesten Ratgeber. Die alliierten Truppen auf westdeutschem Boden, das läßt sich nicht beschönigen, waren 1954 gewiß auch als Überwachungsinstrument gedacht. Nur: Adenauer und Nachfolger *wollten* sie auch hier haben – als Garant dafür, daß Westeuropas Verteidigung nicht erst am Rhein beginne, wie es so mancher amerikanische Planer im Sinn hatte. Das Prinzip, das er im deutschen Interesse durchsetzte, hieß „Vorwärtsverteidigung“, damit die Bundesrepublik nicht Spielball einer Strategie würde, die „Zeitgewinn durch Raumaufgabe“ heißt. Deshalb üben die Tiefflieger auch hier – und nicht nur über der kanadischen Tundra. Und selbst die alliierten Vorbehaltsrechte „in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“, die tatsächlich deutsche Souveränität beschneiden, hat noch keine Bundesregierung je antasten wollen. Diese *mußten* bleiben, schrieb Adenauer, weil sie als gesamtdeutsche Klammer „die Bewahrung der staatlichen Einheit (und) die Wiedervereinigung betreffen“.

Vor allem aber wußte Adenauer, daß nur ein gewisser Autonomieverzicht ein Vielfaches an Autonomiegewinn erbringen könnte – angesichts jener kritischen deutschen Mittellage, die auch heute noch kein Verbündeter – und schon gar nicht die Sowjetunion – aus den Augen verloren hat. Vielleicht ist das alles nur Geschichte, vielleicht geht der Kalte Krieg tatsächlich zu Ende, vielleicht ist nun wirklich die Zeit gekommen, wo die Sicherheitsfrage an Gewicht verliert und das Gemeinsame in Europa das Trennende überwiegt. Da müssen aber noch einige von jenen „dicken Brettern“ gebohrt werden, die Max Weber als Kern der Politik beschrieb. Nur: Diesseits einer haltbaren Friedensordnung in Europa gibt es bloß einen Weg, um Tiefflieger, Verbündete und Manöverlärm gänzlich loszuwerden: die unbewaffnete Neutralität. o